

## Die soziale Einheit gestalten!

---

### I.

Am 2. Dezember 1990 ist der Prozeß der staatlichen Vereinigung Deutschlands abgeschlossen worden. Die Menschen in Deutschland leben - von Überleitungsregelungen abgesehen - in einem einheitlichen Rechtsgebiet, die politischen Institutionen einschließlich der der neuen Bundesländer sind konstituiert, auch wenn der Unterbau sich noch zum Teil in einem chaotischen Zustand befindet. Die Bundestagswahl hat jedenfalls trotz unterschiedlicher Wahlgebiete dokumentiert: Die parteipolitische Landschaft der alten Bundesrepublik ist auf ganz Deutschland ausgedehnt worden. Um so deutlicher und schmerzlicher für die Betroffenen werden die großen Brüche in den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Menschen zwischen den neuen und den alten Bundesländern bewußt. Hochkonjunktur im Westen, ein mehr oder weniger künstlich am Leben gehaltener Wirtschaftskreislauf im Osten; Zunahme der Arbeitsplätze und Investitionen diesseits, massiver Arbeitsplatzabbau und deutliche Investitionszurückhaltung jenseits der Elbe; ein trotz aller Probleme funktionierendes soziales Netz in den alten Bundesländern, soziale Unsicherheit und erste Anzeichen neuer Armut im Osten.

Schwerwiegender noch als solch „objektive“ Daten wirken die Mentalitätsunterschiede, die über vierzig lange Jahre auseinandergeliebten Biographien. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in Deutschland bahnte in weniger als 365 Tagen den Weg zur Einheit, aber das Trennende im Denken und Fühlen, in den Arbeits- und Lebensgewohnheiten ist noch vorhanden. Willy Brandt hat davon gesprochen, daß die Demütigungen durch die Diktatur nachwirken. Auf diesem Boden können in der ehemaligen DDR Schicksals-ergebenheit und Mutlosigkeit wachsen. Selbst die gesellschaftlichen Zustände drüben - der Zustand der Umwelt, die Überalterung der Betriebe, das Chaos in der Verwaltung - werden ertragen, weil die politische und persönliche Freiheit, die Reisemöglichkeiten und eine deutlich bessere Versorgungslage für vieles entschädigen. Und nicht zuletzt ist die Hoffnung auf Aufschwung und

Um so deutlicher sind die Ansprüche, die an uns, die Westdeutschen, gestellt werden. Teilung überwinden heißt in den Augen der Menschen in der ehemaligen DDR vor allem: auch den Wohlstand teilen, von dem sie so lange ausgeschlossen waren. Dieses unter wahltaktischen Gesichtspunkten verschwiegen zu haben, lastet als Hypothek auf der Politik der bisherigen und neuen Regierungskoalition. Immer deutlicher wird, daß die Aufgaben in den fünf neuen Bundesländern dem vergleichbar sind, was im Westen nach 1945 mit Wiederaufbau und Lastenausgleich bewältigt wurde. Auch damals wurde Teilung durch Teilen überwunden. Natürlich ist jeder Vergleich mit 1945 problematisch, zumal die Gesellschaft, die sich damals in den Westzonen zusammendrängte, in ihren Grundfesten erschüttert war. Heute sieht es eher so aus, als ob die im Westen angehäuften Vermögenssubstanzen durch die Einigung noch gestärkt würde: Bis zur Stunde gibt es keinerlei Vorstellungen in der Koalition, wie diejenigen mit den sprichwörtlich stärkeren Schultern gemäß ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden sollten. Im Gegenteil: Die Nachfrage aus den neuen Bundesländern wird aus den alten Ländern gewinnstärkend befriedigt; Abgaben und Gebührenerhöhungen treffen vor allem Einkommensschwache, im Westen wie im Osten; der finanzielle Transfer in die neuen Länder ist so bemessen, daß die Finanzkrise für Städte und Länder vorprogrammiert ist, weil die Annahme über die interne Steuerkraft des östlichen Teils unseres Landes zu optimistisch waren.

## II.

Die Gewerkschaften stehen mitten in diesen Spannungsverhältnissen. Im Westen wird entschieden nach kräftigen Zuwächsen bei Löhnen und Einkommen verlangt - lohnpolitische Zurückhaltung der letzten Jahre und eine überbordende Konjunktur vor Augen. Der öffentliche Dienst, ins Mittelfeld der Einkommensentwicklung abgerutscht, will den Anschluß an die Löhne in der Privatwirtschaft erreichen und gerät unversehens in eine Vorreiterrolle. 10 Prozent Zuwächse lautet die Forderung, und die öffentlichen Arbeitgeber verweisen schon jetzt auf jenes Geld, das drüben für notwendige Infrastrukturprogramme, für Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst (Ost), für Transferleistungen fehle, wenn es hier in die Taschen der Beschäftigten fließe. Die Überschriften sind schon formuliert, die die berechtigten Forderungen und Interessen der Arbeitnehmer hier als egoistisches und unsolidarisches Handeln gegenüber den Arbeitnehmern dort anprangern. Wie, so stellt sich die Frage, wollen die Gewerkschaften eine Angleichung der Löhne in Deutschland erreichen, wenn sie im West-Porsche aufs Gas treten und den Abstand zum nachzuckelnden Ost-Trabbi noch weiter vergrößern?

- Es wird uns nicht leichtfallen, allen Mitbürgern zu verdeutlichen,
- daß es Nachholbedarf in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes im Westen gibt, nicht nur bei den Krankenschwestern, Erzieherinnen, Müllmännern;
  - daß ein leistungsfähiger und von motivierten und gerecht entlohnten Mitar-

- beitern gestalteter öffentlicher Dienst auch für ganz Deutschland wichtig ist;
- daß Lohnzurückhaltung im Westen noch lange keine Arbeitsplätze im Osten schafft.

Aber nicht allein der öffentliche Dienst, auch die Privatwirtschaft in der Alt-BRD wird auf die notwendigen Investitionen im Osten verweisen, wenn sie mit den notwendigen Tarifierhöhungen im Westen konfrontiert werden wird.

### III.

Tarifpolitisch gibt es im Osten nichts Neues: Trotz großer Anlauf Schwierigkeiten wurde das tarifpolitische Feld bestellt. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben den befürchteten heißen Herbst durch Tarifverträge verhindern können, die wenig spektakulär sind, aber dennoch große Leistungen darstellen: Ablösung von Zwangskollektivvereinbarungen des Staates durch frei ausgehandelte Verträge; ein erster Einkommensausgleich nach der Währungsunion; Zuschläge zum erweiterten Kurzarbeitergeld und Arbeitszeitverkürzungen. Die Gewerkschaften haben eine unübersichtliche Gemengelage geordnet, als Ordnungsfaktor gewirkt - Politiker aus dem christlich-liberalen Lager sollten dies in den kommenden Wochen und Monaten im Gedächtnis behalten.

Denn auch im Osten droht Zuspitzung. Die Akkorde des kommenden tarifpolitischen Konzerts sind von den Arbeitgeberverbänden mit kräftigen Tönen und im tiefsten Moll angeschlagen worden:

- überzogene Lohnforderungen als Ursache langandauernder Arbeitslosigkeit;
- gewerkschaftliches Drängen auf möglichst schnelle Angleichung der Einkommen als Arbeitsplatzvernichtungsprogramm;
- gewerkschaftliche Lohnpolitik anstelle sozialistischer Mißwirtschaft als Ursache allen Übels.

Die Partitur wurde gewechselt, die Tonlage ist geblieben.

Strukturwandel in den neuen Ländern ist notwendig. Eine schlecht funktionierende Infrastruktur, ein veralteter Maschinenpark, zusammengebrochene Absatzmärkte, eine bis jetzt ungewohnte marktwirtschaftliche Ordnung machen den Verlust alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unumgänglich. Da sind Lohnkosten nur einer unter vielen Faktoren, die Unternehmer in Rechnung stellen, wenn sie über Investitionen entscheiden. Ohne falsche Dramatisierungen muß diskutiert und ausgehandelt werden, was ostdeutsche Arbeitnehmer erhalten müssen, damit sie in ihrer Heimat den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit ihrer Hände Arbeit bewältigen.

Denn wenn die Arbeitgeber sich über Lohnkosten sorgen, muß sich die Allgemeinheit über die ost-westliche Wanderungsbewegung nach der Währungsunion, über wachsende soziale Spannungen und steigende Sozialausgaben in Westdeutschland Sorgen machen. Das Gespenst der Entindustrialisierung

Ostdeutschlands geht um, es kann sich zu einer realen Gefahr auswachsen. Die Stabilität der BRD beruhte nicht zuletzt auf der relativen Ausgewogenheit ihrer Wirtschaftsstruktur. Ein deutscher „mezzogiorno“ darf nicht entstehen. Lohnpolitik in der Alt-DDR ist (noch) eine vorrangig politische Angelegenheit. Es gilt, Voraussetzungen zu schaffen, damit schnell wirtschafts- und beschäftigungspolitisch gehandelt werden kann, es gilt, Teilung auch durch Teilen der zu bewältigenden Arbeit zu überwinden. Das ist ein Gebot der Vernunft.

#### IV.

Die Gewerkschaften im DGB gewinnen neue Mitglieder. Es sind bedeutend weniger als im FDGB zwangsorganisiert waren, aber auch wesentlich mehr als Pessimisten annahmen: rund 2,5 Millionen. Die Erwartungen, die sie an den DGB, an seine Gewerkschaften stellen, sind hoch: Der Wunsch nach Erhalt der bestehenden und nach schneller Schaffung neuer Arbeitsplätze steht dabei an erster Stelle; an zweiter Stelle die rasche Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Darüber hinaus erwarten sie Rat, Hilfe und konkreten Schutz in einer Wirtschaftsordnung, deren Gesetze und Untiefen sie nicht kennen. Das alles sind klassische gewerkschaftliche Handlungsfelder, es gehört zum Einmaleins der Gewerkschaftspolitik, so daß man mutmaßen könnte, wir bewegten uns sicher auf vertrautem Gelände. Andererseits ist das Gelände vollkommen fremd: Über vierzig Jahre real existierender Sozialismus haben eine andere Gedankenwelt, andere Begriffe, aber auch einen anderen Arbeits- und Lebensrhythmus entstehen lassen. Die politischen Handlungsmuster sind von Unsicherheit bestimmt: Sozialer Protest, Betriebsbesetzungen, Straßenblockaden, spontane Kundgebungen wechseln mit Resignation, Desinteresse, (noch) zu geringer Bereitschaft zum Engagement.

Der Umbruch in der DDR ging nicht von den Betrieben, nicht von den Arbeitern aus, die 1953 den Aufstand getragen hatten. 1989/90 standen Bürgerbewegungen und kirchliche Gruppen an der Spitze der friedlichen Revolution. Über die Gründe dafür soll hier nicht spekuliert werden, jedenfalls fällt auf, daß die meisten Arbeitnehmer in der ehemaligen DDR am Ende des Jahres 1990 tief verunsichert sind. Begriffe und Ideen, die zum festen Bestand der Gewerkschaftsbewegung gehören, sind diskreditiert: Solidarität, Fortschritt, Funktionär, Einheit. Es ist schwierig, Vorstellungen über die soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft und die demokratische Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Wirtschaft zu vermitteln. So ist zu erklären, daß mehr als 60 Prozent der Arbeiter in der ehemaligen DDR die CDU gewählt haben. Das ist ein Anlaß zum Nachdenken für die politischen Parteien ebenso wie für die Gewerkschaften. Dabei geht es nicht darum, die Fahne in den Wind jeweiliger Wahlsiege zu hängen. Ich habe immer eine Politik verfolgt, die den Nutzen für die Arbeitnehmer über parteipolitische Erwägungen gestellt hat. Ich habe nie zu denen gehört, die die Gegensätze zwischen Unionsparteien und Gewerkschaften für unüberwindbar gehalten haben. Für die Bewältigung der großen wirtschaftlichen und sozialen Pro-

bleme in Deutschland bedeutet das, daß Bundesregierung und Gewerkschaften aufeinander zugehen und gemeinsame Lösungswege finden müssen. Die Überwindung der Krise ist nur durch eine gemeinsam getragene, aktive Arbeitsmarkt-, Struktur- und Industriepolitik möglich.

#### V.

Noch bestimmen westdeutsche Vorstände und Gewerkschaftstage über die Gewerkschaftspolitik in den fünf neuen Ländern. Der Weg, den nach einigen Irrungen und Wirrungen und mancher Zögerlichkeit die DGB-Gewerkschaften eingeschlagen haben, um die Gewerkschaftseinheit in Deutschland herzustellen, verlief im wesentlichen von außen und von oben nach unten. Nicht vor Ort, sondern von Zentralen aus wurde und wird Politik derzeit noch bestimmt. Aber in den kommenden Monaten wird sich die Gewerkschaftseinheit faktisch vollziehen, wird auf allen Ebenen demokratisch von unten nach oben gewählt, werden Gewerkschaftstage ein neues Gesicht haben, bei einigen Gewerkschaften werden sich die west-östlichen Mehrheitsverhältnisse umkehren, werden Sachsen, Thüringer, Mecklen- und Brandenburger ihre Stimme - hoffentlich - laut und deutlich erheben, wenn es um ihre Interessen geht.

Dadurch stellt sich die Frage nach einer gesamtdeutschen gewerkschaftlichen Solidarität in den nächsten Monaten nicht mehr nur theoretisch, sondern ganz praktisch in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung. Durch die Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR erhält die Einheitsgewerkschaft zudem eine neue Dimension. Schon heute ist die Wirklichkeit in der Einheitsgewerkschaft nicht ohne Konflikte. Die zunehmende Ausdifferenzierung der sozialen Lage, der Tätigkeiten, der Entgelte, der Arbeitsbedingungen und der Milieus zwingt zu neuen Angeboten gewerkschaftlicher Politik. Neue Mitglieder müssen unter qualifizierten Angestellten, Frauen, aber auch unter der wachsenden Zahl der Teilzeitbeschäftigten und der in befristeten oder ungeschützten Arbeitsverhältnissen Tätigen gesucht werden. Die Vielfalt der sozialen Interessen verlangt einen immer schwierigeren Integrationsprozeß.

Neue Bedürfnisse treten hinzu. Postmaterielle Werte, andere Lebens- und Arbeitskonzepte, die Emanzipationsbewegung der Frauen, die immer drängendere ökologische Frage machen die Modernisierung der gewerkschaftlichen Politik, ihre Öffnung für neue Fragen unumgänglich. Die Zukunftsdebatte in den Gewerkschaften muß weitergeführt werden. Die sozialverträgliche Gestaltung neuer Techniken, die Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt bleiben zentrale Themen. Die Schritte zur Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland müssen angesichts der zum Teil zentrifugalen Tendenzen und divergierenden Interessenlagen in einem gründlichen Diskussionsprozeß bestimmt werden. Auch dies wird nicht konfliktfrei vor sich gehen können. Entscheidend ist, daß wir die Verantwortung für das Ganze nie aus den Augen verlieren.

## VI

Es stärkt eine Organisation, wenn sie innere Spannungen und Gegensätze aushält, wenn sie das, was widersprüchlich, offen und nicht zu Ende diskutiert ist, nicht unter der Decke hält oder mit Formelkompromissen zukleistert. Erfolgreiches politisches Handeln erwächst aus der Vielfalt der Interessen und der Unterschiedlichkeit der Meinungen. Sie zusammenzuführen, nicht per Beschluß, sondern im Diskurs und in der praktischen Politik, darin besteht auch heute die Kunst politischer Führung. Erst was im harten Durcharbeiten unterschiedlicher Meinungen als Ergebnis festgehalten wurde, kann Gültigkeit und Verbindlichkeit beanspruchen.

Die noch Jahre andauernde Unterschiedlichkeit der Lebenslagen, der Ansprüche und Mentalitäten in den beiden Teilen unseres Landes, die auf absehbare Zeit hinzunehmende Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher Entwicklung gibt der Debatte um eine größere Vielfalt gewerkschaftlicher Politik neue Impulse. Tarifpolitik, Strukturpolitik, selbst Organisationspolitik werden in den neuen Bundesländern anders angelegt werden müssen als im Westen. Die Gewerkschaften müssen in den neuen Bundesländern Handlungsfähigkeit gewinnen, weil sich dort Interessen artikulieren und Meinungen bilden. In diesem Rahmen ist Politik konkreter und nachvollziehbarer als auf nationaler Ebene. Das erfordert auch neue Formen der innergewerkschaftlichen Arbeitsteilung. Dezentralisierung ist ein wichtiges Stichwort. Ihm haftet allerdings auch ein gegen den Apparat gerichteter negativer Beigeschmack an. Moderne politische Organisationen brauchen beide Strukturelemente: Sowohl eine zentrale Willensbildung als auch eigenverantwortliches Handeln auf mittlerer und unterer Ebene. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß innerhalb des DGB, zwischen DGB und Gewerkschaften sowie zwischen den Gewerkschaften organisatorische Veränderungen notwendig sind, die denen der Nachkriegszeit bis in die fünfziger Jahre vergleichbar sind. Aber ich weiß auch, wie schwer es ist, derart weitgehende Eingriffe in gewachsene Strukturen vorzunehmen, ohne daß Motivationen Schaden nehmen und Bindungskräfte schwinden.

## VII

In den nächsten Jahren werden in den fünf neuen Bundesländern hochmoderne Produktionsanlagen neben mühsam über Wasser gehaltenen Industriedenkmälern stehen. Absehbar ist, daß die an modernen Arbeitsplätzen Beschäftigten wesentlich höhere Effektivdienste und günstigere Arbeitsbedingungen durchsetzen können, als die in den Altbetrieben Beschäftigten. Aber auch in Westdeutschland gibt es deutliche Signale der Verbetrieblichung der Tarifpolitik, und moderne Konservative plädieren für eine neue Arbeitsteilung zwischen einer rahmensetzenden Funktion der Tarifvertragsparteien und einer vorrangig betriebsorientierten Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen. In einem solchen Konzept, so einleuchtend es auf den ersten Blick sein mag, ist jedoch ein Bedeutungsverlust der Gewerkschaften als regu-

lierendes Element des Arbeitsmarktes angelegt. Inwieweit sich Gewerkschaften betriebs- und branchenspezifisch neu strukturieren müssen, ob der heutige Organisationszuschnitt optimal für eine enge Kooperation zwischen gewerkschaftlicher und betrieblicher Interessenvertretung ist, muß die Diskussion der kommenden Jahre erbringen.

Veränderte Organisationsstrukturen haben zwei Ziele im Auge: mehr Effektivität und mehr Partizipation. Beides steht nicht im Widerspruch zueinander: Die Beteiligung ist eine Schlüsselfrage für die künftige Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften. Dazu bedarf es auch einer stärkeren Professionalisierung und Spezialisierung gewerkschaftlicher Arbeit - vom Rechtsschutz über die Technologieberatung bis hin zur schwerpunktmäßig betriebenen Strukturpolitik und -beratung. Bestimmungen der Satzungen zur Mitgliedernähe und zur Einflußnahme, Formen innergewerkschaftlicher Diskussion und Willensbildung, Begrifflichkeit und Vermittlungsformen stehen auf dem Prüfstand. Für alle Gewerkschaften wie für den DGB ist es notwendig, „den Geruch einer anonymen Großorganisation zu verlieren“ (Lorenz Schwegler).

### VIII.

Großorganisationen tun sich schwer, wenn es um ihre eigene Modernisierung geht. Eine öffentliche Debatte kann hilfreich sein. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß Großorganisationen, auch Gewerkschaften und Parteien, in einer offenen und pluralen Gesellschaftsordnung ihre Allzuständigkeit verlieren und nur gemeinsam und im Dialog mit anderen Probleme bewältigen können.

Bis 1933 hat Arbeitsteiligkeit zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geprägt. Mit der Gründung der parteiunabhängigen Einheitsgewerkschaft nach 1945 ist diese überholt. Parteien und Gewerkschaften entscheiden heute autonom über ihre jeweiligen Politikschwerpunkte.

Mit den neuen sozialen Bewegungen sind den Gewerkschaften wie den politischen Parteien unbequeme und zeitweise ungeliebte Partner entstanden. Diese haben, etwa im Umweltschutz und in der Frauenpolitik, zukunftsweisende Themen angeschlagen, sie haben die politische Kultur der Bundesrepublik mitgeprägt. Randthemen rückten in die Mitte, entscheiden über Mehrheitsfähigkeit und Glaubwürdigkeit. Die Gewerkschaften haben sich manchem neuen Thema nur zögernd geöffnet, haben vielfach spezifische Zugänge gefunden, allerdings steht der kontinuierliche Dialog mit den Umweltverbänden noch aus.

Die Zukunft der Gewerkschaften hängt von ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung und ihrer Durchsetzungskraft ab. Diese wiederum beruht auf der Fähigkeit, Meinungen so zu bündeln, daß daraus gemeinsames Handeln erwächst. Dieses Prinzip gilt für die betrieblichen wie die überbetrieblichen

Handlungsfelder der Gewerkschaften, es gilt für demokratische Politik schlechthin, macht Reformpolitik aus. Sie bleibt, bei allem notwendigen Wandel und aller Wandlungsbereitschaft, das Wesenselement gewerkschaftlichen Selbstverständnisses.